

Medienmitteilung

24. Oktober 2025

Stellungnahme zur Vernehmlassung Rahmenverträge Schweiz-EU

Die Wirtschaft braucht keine EU-Rahmenverträge. Sie braucht direkte Demokratie und gute Rahmenbedingungen.

- **autonomiesuisse** hat die rund 2000 Seiten umfassenden Rahmenverträge mit der EU analysiert. Das neue Positionspapier zeigt, weshalb diese Verträge das Schweizer Erfolgsmodell beenden würden.
- Ohne Rahmenverträge entstehen der Wirtschaft keine Nachteile. Dank des Freihandelsabkommens ist der Marktzugang gesichert und es sind keine Zölle zu befürchten.
- Mit den Rahmenverträgen müsste die Schweiz über 80 Prozent des EU-Rechts in den betroffenen Bereichen direkt übernehmen – ohne parlamentarische oder öffentliche Debatte. Dies würde die freiheitlichen Rahmenbedingungen in der Schweiz beenden.
- Das Kohäsionsgesetz aus dem Vernehmlassungspaket ermöglicht es der Bundesversammlung, der EU unbegrenzt Kredite zu geben. **autonomiesuisse** fordert, zumindest Kredite ab einer Milliarde Franken dem fakultativen Referendum zu unterstellen.
- Da die Rahmenverträge über der Schweizer Bundesverfassung stehen würden, braucht es für ihre Annahme zwingend das Ständemehr.
- **autonomiesuisse** erwartet von Bundesrat und Parlament Ehrlichkeit in institutionellen Fragen. Weil die Schweiz ihre gesetzgeberische Souveränität zu einem grossen Teil an Brüssel abgibt, müsste dies transparent in der Bundesverfassung festgehalten werden.

EU-Rechtsübernahme bedroht Innovationskraft

Mit den EU-Rahmenverträgen müsste die Schweiz über 80 Prozent des EU-Rechts per Integrationsmethode direkt übernehmen – also ohne parlamentarische und öffentliche Diskussion. Im «gemischten Ausschuss» würden nicht Volksvertreter, sondern Verwaltungsbeamte sitzen. Aussagen wie «Das Volk kann immer noch abstimmen» wirken vor diesem Hintergrund sarkastisch.

Keine Nachteile ohne Rahmenverträge

Ohne Rahmenverträge resultieren für die Wirtschaft keine Nachteile. Dank des Freihandelsabkommens gibt es auch ohne Rahmenverträge keine Zölle. Befürchtungen wegen nichttarifärer Handelshemmnisse sind gegenstandslos. Denn die gegenseitige Anerkennung von Zulassungen (im MRA) ist in der Praxis weitgehend irrelevant geworden.

Denn die meisten Schweizer Unternehmen lassen heute die betroffenen Geräte direkt in einem EU-Land anerkennen – zu einem tieferen Preis. Die «Medical Device Regulation» (MDR) erhöht die Hürden für Unternehmen in der EU genauso wie für jene in der Schweiz. Zudem würden bestehende Zulassungen bei einer Kündigung des MRA weiterhin gelten.

Mythos EU-Binnenmarkt

Eine IWF-Studie hat gezeigt: Über weite Strecken ist der EU-Binnenmarkt ein Wunschgedanke geblieben. Die Handelshemmnisse zwischen den EU-Staaten liegen oft deutlich höher als alle Zölle, welche die USA an ihrem «Liberation Day» ins Feld geführt haben.

KMU trifft es besonders hart

Unsere freiheitlichen Rahmenbedingungen würden mit der obligatorischen EU-Rechtsübernahme erodieren. Damit verlöre die Schweiz ihren wichtigsten Standortvorteil. Am härtesten wären KMU betroffen: Sie könnten den Wust an Vorschriften kaum mehr bewältigen.

Unionsbürgerrichtlinie: Einwanderung in Sozialwerke?

Braucht die Schweizer Wirtschaft die Personenfreizügigkeit mit der EU? Nein, sie kann – wie vor 2007 – auch ohne Rahmenverträge weiterhin unkompliziert Arbeitskräfte aus der EU einstellen. Die besten Talente kommen in die Schweiz, wenn diese attraktiv bleibt – nicht wegen Verträgen, die in Elfenbeintürmen entstanden sind.

Zum Freizügigkeitsabkommen prognostizierte Bern einst eine «allerhöchste Zuwanderung von 10'000 Personen pro Jahr». Aktuell beträgt die Nettoeinwanderung aus der EU gut 70'000. Es ist damit zu rechnen, dass sie mit den Rahmenverträgen auf 100'000 und mehr Personen jährlich ansteigen wird. Mit seinen Fehlprognosen droht der Bund sein wichtigstes Kapital zu verspielen: das Vertrauen der Bevölkerung.

Strommarkt: Schweiz steht besser da als EU

Geradezu absurd mutet es an, wenn man sich vom Strommarktabkommen eine sichere Energieversorgung erhofft. Die Energiepreise in der EU sind nicht günstiger als in der Schweiz. Und der EU mangelt es im Winter schon heute an Strom – wieso sollte sie diesen dann mit uns teilen? Mit ihrer Wasserkraft verfügt die Schweiz über mehr Flexibilität. Sie muss ihre Stromversorgung selbst an die Hand nehmen und ausbauen.

Unsere Forderungen

Wir appellieren an Politik, Parteien und Verbände, die geplanten Rahmenverträge sorgfältig zu studieren und abzulehnen und sich stattdessen für eine wettbewerbsfähige, freie, erfolgreiche und weltoffene Schweiz starkzumachen.

Wenn der Bundesrat die Beziehung zur EU nachhaltig stabilisieren will, muss er wieder lernen, die Vorteile einer unabhängigen Schweiz und ihre Werte zu kommunizieren. Das ist anspruchsvoll, denn die Schweiz ist diametral anders organisiert als die zentralistische EU. Eine politische Anbindung an die EU ist zu vermeiden. Umso mehr, als alle Indikatoren darauf hindeuten, dass diese weiter an Bedeutung verliert.

Zudem fordern wir:

1. Beim Kohäsionsgesetz, das zum Vernehmlassungspaket gehört, zumindest Kredite ab einer Milliarde Franken dem fakultativen Referendum zu unterstellen.
2. Die Rahmenverträge vor das Ständemehr zu bringen – so wie dies die Kompass-Initiative vorsieht.
3. Eine faire und ausgewogene Kommunikation seitens Bundesbern und Behörden.

Gerne stehen wir zur Verfügung, um Fragen persönlich zu beantworten und im Rahmen von Podiumsdiskussionen aufzutreten.

Über uns

autonomiesuisse ist eine breit abgestützte Initiative von Schweizer Unternehmern und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft aus der politischen Mitte. Sie setzt sich für eine partnerschaftliche wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten der EU, aber auch weltweit, ein. Die politische Unabhängigkeit sichert der Schweiz gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Das darauf basierende Erfolgsmodell Schweiz soll auch in Zukunft Bestand haben.

autonomiesuisse zählt rund 1000 Mitglieder. Wer einen Beitrag zu einer weltoffenen, erfolgreichen und freien Schweiz leisten will, kann sich auf autonomiesuisse.ch/mitmachen einbringen.

Kontakt

Als Leitungsausschuss des Co-Präsidiums von **autonomiesuisse** stehen wir Ihnen gerne für Auskünfte rund um das Rahmenabkommen Schweiz-EU aus wirtschaftlicher und unternehmerischer Perspektive zur Verfügung.

Dr. Hans-Jörg Bertschi

+41 79 330 50 72

hans-joerg.bertschi@bertschi.com

Prof. em. Dr. Giorgio Behr

+41 79 430 44 21

giorgio@behr.ch

Dr. Alexandra Janssen

+41 79 725 95 26

alexandra.janssen@ecofin.ch

Dr. Hans-Peter Zehnder

+41 79 330 58 08

hans-peter.zehnder@zehndergroup.com

Social Media

